

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/32

Hannover, 15. März 1948

Finnlands Schicksal auf der Waage

Von Bruno-Kainins

Von allen Staaten, die im zweiten Weltkrieg gegen die Sowjetunion gekämpft hatten, behielt Finnland bisher die verhältnismäßig größte Selbständigkeit. Das Land war nicht von sowjetischen Truppen okkupiert. Außenpolitisch mußte es wohl seine skandinavischen Verbindungen aufgeben und durfte nicht die Marshall-Hilfe annehmen, aber sonst konnte es ungehindert seine Beziehungen mit den westlichen Staaten entwickeln, wie es u.a. der Anfang März in London abgeschlossene Handelsvertrag mit England bewies. Finnland behielt bisher auch seine alte Demokratie und die politischen Freiheiten waren unbegrenzt, abgesehen von der durch die Kriegsereignisse auferlegten Zurückhaltung gegenüber Rußland, dessen Politik in der finnischen Presse nicht kritisiert wurde. Dagegen wurden die finnischen Kommunisten heftig bekämpft, wobei ganz besonders scharf die Sozialdemokratie gegen sie Stellung nahm.

Die finnischen Kommunisten sind relativ schwach. Sie haben nur 47.000 Mitglieder in ihrer Partei und 50 Abgeordnete im Parlament, denen 48 Sozialdemokraten und 102 Bürgerliche gegenüberstehen. Auch die Mehrheit in den Gewerkschaften ist fest in sozialdemokratischen Händen. In der finnischen Regierung haben die Kommunisten und ihre Mitläufer (die Volkedemokraten) sechs, die Bürgerlichen sieben und die Sozialdemokraten fünf Minister. Wohl ist der Ministerpräsident M. Pekkala ein Volkedemokrat, dagegen aber der Staatspräsident J. Paasikivi ein konservativer Politiker, der schon seit 50 Jahren führend in finnischen Rechtskreisen tätig gewesen ist.

In der Polizei dagegen ist die kommunistische Infiltrierung weitergegangen. Innenminister ist seit 1945 der Kommunist Leino. Er hatte die politische Staatspolizei (in Finnland auch "Stapo" genannt) völlig mit zuverlässigen Kommunisten besetzt, von denen viele in Rußland geschult waren. Auch eine spezielle "mobile Polizei" wurde gebildet und ebenfalls nur aus Kommunisten komplettiert. Demgegenüber ist die kommunale Ordnungspolizei und die von General Sihvo geführte Armee noch ziemlich kommunistenfrei.

Diese relativ günstige Lage Finnlands hatte einen Teil der finnischen Politiker zu der Auffassung gebracht, daß die Sowjetunion angeblich keinerlei aggressive Pläne gegenüber Finnland hege und daß es als neutrales Land wohl unter ständiger Rücksichtnahme auf den mächtigen östlichen Nachbar, aber immerhin seine Selbständigkeit werde bewahren können.

Die von Stalin gewünschte Allianz eines Kleinstaates mit der imperialistischen Großmacht des Ostens ist ein sehr gefährliches Spiel. Sie wird bald weitere sowjetische Forderungen ermöglichen, die zur Vernichtung der Unabhängigkeit Finnlands führen können. Dafür ist das traurige Schicksal der freien baltischen Staaten sehr lehrreich: im Oktober 1939 zwang die Sowjetunion diese, mit ihm "Beistandspakte" abzuschließen, denen dann nach acht Monaten der Anschluß an die Sowjetunion erfolgte.

Es ist daher verständlich, daß heute ganz Finnland, abgesehen von den Kommunisten, gegen den Abschluß der Militärallianz mit der Sowjetunion ist. Die demokratischen Kreise sind auch über die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen der geforderten Allianz besorgt, die sicher den Verlust aller USA-Kredite für das wirtschaftlich erschütterte Land hervorrufen würde. Das finnische Volk will keine Allianz mit der Sowjetunion.

Aber Finnland befindet sich in einer bedrängten und hilflosen Lage. Es hat zwei Kriege verloren, ist abgerüstet und steht außenpolitisch vollkommen allein. Die skandinavischen Staaten können keine reale Hilfe leisten. Die westlichen Großmächte USA und England haben bisher nichts getan, um Finnland zu helfen und das russische Vordringen zurückzuhalten. Man betrachtet die finnische Demokratie mit großer Sympathie, nimmt aber die Ereignisse als unvermeidlich an und läßt Rußland in seiner Einflußzone nach eigenen Wünschen walten. Sollte Finnland heute die Militärallianz ablehnen, dann müßte es allein die Folgen tragen.

Es ist daher verständlich, daß Finnland von schicksalsschweren Zweifeln, Zögern und Desillusionierung ergriffen ist. Die bestehenden machtpolitischen Verhältnisse sind überwältigend und zwingen die politischen Parteien, unwillig eine positive Antwort auf die an sie von Staatspräsidenten Paasikivi gerichtete Frage über die Allianz zu geben. Aus freiem Willen geschieht es aber nicht. Übrigens trägt die Hauptverantwortung der 78 Jahre alte konservative Präsident selbst und nicht zuletzt die bürgerliche Majorität des finnischen Reichstages, welche den Vertrag zu bestätigen haben wird.

Präsidentenwahl in Amerika

Von S. Aufhäuser, New York

Die Lage zu den Novemberwahlen in den USA ist heute noch ziemlich undurchsichtig. Einmal spielt diesmal die Außenpolitik eine maßgebliche Rolle, zum anderen haben die strukturellen Veränderungen in den beiden Parteien die Frage des Wirtschaftssystems aufgerollt. Das Zweiparteiensystem ist zwar traditionell verankert, aber während in England Konservative und Arbeiterpartei zwei diametrale Weltanschauungen vertreten, waren die Republikanische und die Demokratische Partei in USA lediglich aus der historischen Entwicklung gewachsen, ohne sich prinzipiell und programmatisch voneinander zu unterscheiden. Das Arbeiterelement fehlt im amerikanischen Parlament. Da es keine sozialistische Bewegung von Bedeutung gibt, entwickelte sich der Kampf des Kongresses gegen die Arbeiterklasse im Ringen mit den Gewerkschaften. Diese Frontbildung hatte unter Roosevelt eine zeitweise Unterbrechung erfahren. Seine staatliche Konjunktur- und Sozialpolitik hatten den Gewerkschaften starken Auftrieb und politische Macht gegeben. Nach Roosevelts Tode waren die sozial-wirtschaftlichen Gegensätze zwischen dem fortschrittlichen Norden und dem konservativen Süden innerhalb der Demokratischen Partei verschärft in Erscheinung getreten. Die erste Nachkriegswahl 1946 endete mit dem überwältigenden Sieg der Republikaner. Die Roosevelt-Cosetzgebung (New Deal) ist von der Koalition der Republikaner und Süddemokraten wieder aufgehoben worden. Die Demokraten sind heute die Regierungspartei des Präsidenten Truman, die Republikaner aber die Mehrheitspartei im Kongreß.

Im November sind der Präsident, das Abgeordnetenhaus und ein Drittel des Senats neu zu wählen. Abweichend von früher haben diesmal die beiden Parteiapparate ihre ausschlaggebende Rolle eingebüßt, während Außenseiter und die extremen Gruppen beider Parteien fast tonangebend geworden sind. Bei den Republikanern, die vorläufig sieben bis acht Kandidaten genannt haben, hat der Parteiführer, Senator Robert A. Taft, Aussicht, vom Republikanischen Konvent im Juli aufgestellt zu werden, wenn die Demokraten weiterhin durch innere Spaltung geschwächt bleiben. Der Gouverneur des Staates New York, Thomas E. Dewey, könnte vorgezogen werden, falls der Wahlkreis New York für die Republikaner gefährdet erscheint. Bei einer Verschärfung der außenpolitischen Situation würde eine Kandidatur von General Douglas Mc. Arthur, Sieger über Japan oder von Senator H. Vandenberg wachsende Chancen haben. Vandenberg hat sich als der führende Außenpolitiker eine hervorragende Position im Kongreß errungen. Als Kandidat der Republikaner kommt Harold E. Stassen, früherer Gouverneur von Minnesota und liberaler Reformler seiner Partei dann infrage, wenn eine Verschlechterung der Wirtschaftslage eine Radikalisierung der Wähler im Gefolge hätte. Die letzte Orientierung der Republikanischen Partei kann erst aktuell werden, wenn eine Klärung innerhalb der Demokratischen Partei sichtbar geworden ist, die zur Zeit eine schwere Krise durchzumachen hat.

Präsident Truman, der bisher als einziger Kandidat der Demokraten

genannt wurde, hat im Augenblick den Parteiapparat noch hinter sich, doch ist die demokratische Organisation durch die Liberalen von links, die Konservativen von rechts, völlig aufgewühlt. Der Handelsminister Henry A. Wallace war in einem Konflikt mit Außenminister Byrnes von Truman entlassen worden und hat jetzt eine Dritte Partei gegründet, die ihn als Präsidenten nominiert. Er propagiert innerpolitisch eine radikal sozialwirtschaftliche Politik, ist gegen den Marshall-Plan und will absolut freundschaftliche Beziehungen zu Sowjet-Rußland. Eine Nachwahl zum Kongreß im Stadtteil Bronx-New York hatte der Wallace-Partei mit Unterstützung der Kommunisten 44 Prozent der Stimmen und damit den überwältigenden Sieg gebracht. Wallace kann bei der Präsidentschaftswahl mit keinem Erfolg rechnen, aber er könnte in New York, Illinois, California und einigen Industriestädten genügend Stimmen von Truman abspalten, um den Republikaner in den Sattel zu setzen. Eine weitere liberale Gruppe innerhalb der Demokratischen Partei, die "Americans for a Democratic Action" (ADA), die von beiden Gewerkschaftsbünden unterstützt wird, lehnt Wallace und die kommunistische Hilfe ab, hat sich aber vorläufig hinsichtlich des Präsidentschaftskandidaten freie Hand vorbehalten. Zu den Kongreßwahlen wird sie nicht die Demokratische Partei, sondern einzelne "liberale" Kandidaten unterstützen.

Auf der Gegenseite rebellieren die Süddemokraten aus 11 Staaten gegen Truman, weil er eine Vorlage gegen die Diskriminierung der Neger eingebracht hat. Es bleibt abzuwarten, ob die Südoffensive bis zur Session von der Demokratischen Partei getrieben wird oder ob die Rebellion mit einem Handel endet, bei dem den Südländern ein größerer Einfluß auf die Konvention in Philadelphia eingeräumt werden wird. In beiden Fällen wäre die Kandidatur von Truman in Frage gestellt. Die Republikaner hoffen, angesichts dieser schwierigen Lage ihres Gegners den nächsten Präsidenten stellen zu können. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung kann indes alle Kombinationen von heute wieder urwerfen. Bei den Wahlen zum Kongreß eröffnet der starke Einsatz der liberalen Kräfte in den Staaten Erfolgsaussichten für die Demokraten. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß die derzeitige Teilung zwischen Exekutive und Legislative auch nach dem November 1948 mit umgekehrtem Vorzeichen weiterbestehen wird.

Die Frau in der Politik

Zum Internationalen Frauentag, der vom 15. März bis 4. April in Berlin und den beiden Westzonen abgehalten wird, schreibt Dr. Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD:

Kritiker des deutschen Parteiwesens werfen ihm vor, daß er sich im luftleeren Raum bewege. Die tatsächlichen Probleme werden von den politischen Parteien in Deutschland sehr oft deswegen wenig beeinflusst, weil die Okkupationsmächte sich ihre Ertüchtigung bis heute noch vorbehalten haben. Aber die Entwicklung geht dahin, daß alle Besatzungsmächte gezwungen sind, mehr und mehr von der Verantwortung den Deutschen zu überlassen.

Parteien wird es geben, solange es Fragen gibt, bei denen es sich lohnt, Partei zu nehmen. Die soziale Gerechtigkeit und die Freiheit,

die Gleichwertigkeit der Geschlechter und der Völker sind solche Fragen, die man beantworten muß. Die Frauen, die politisch, gesellschaftlich und menschlich den Kampf um die Gleichberechtigung führen, müssen immer auf der Seite stehen, die Unrecht überwinden will. Sie sind eingeordnet in die Front derer, die von unten nach oben drängen.

Wenn eine Frau auf der Seite der Nutznießer des allgemeinen Elends und auf der Seite der Herrenschichten der Vergangenheit oder der Kommunisten steht, dann wendet sie sich gegen sich selbst, gegen die Durchsetzung ihres eigenen Anteils am persönlichen Lebensglück und der politischen Geltung. Die Aufgabe der Frau ist es, das Leben zu verteidigen und die Prinzipien der Gerechtigkeit und des Friedens in diesem Leben durchzusetzen.

Alle möglichen politischen Richtungen versuchen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, die Frauen zu beeinflussen. Die innere Verlogenheit dieser Agitatoren spottet jeder Beschreibung. Aber, ja man meint, daß die Frauen der politisch am wenigsten aufgeklärte Teil des Volkes sind, kommt man ihnen mit den klobigsten und dümmsten Agitationsmitteln. Weder die salbadernden Worte der CDU, noch das hysterische Gekreisch der Kommunisten darf auf die Frauen Eindruck machen. Vernunft, menschliches Fühlen und der Wille zur sozialen Gerechtigkeit können allein die Grundsätze sein, von denen aus die Frauen in die Politik eintreten. Die Frauen stellen heute fast Zweidrittel der Wähler. Die Frauen im deutschen Volk werden also darüber entscheiden, ob es ein neues Deutschland geben kann, ein Land, in dem die Gerechtigkeit mehr gilt als die Macht, und der Wille zum Frieden entscheidender ist als jeder Appell an die Gewalt.

Es gibt kein isoliertes deutsches Problem. Es gibt Deutschland nur als Bestandteil des europäischen Problems. Der Kontinent kann nur zu neuem Leben erweckt werden auf der Grundlage der Gleichzeitigkeit und unlöslichen Verbundenheit von Demokratie, Sozialismus und internationaler Zusammenarbeit!

Die Kommunisten in England

sp. Nur 46.000 eingeschriebene Mitglieder zählt die kommunistische Partei Englands. Das sind nicht einmal 1/10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Englands Kommunisten rangieren damit zahlenmäßig und prozentual an der letzten Stelle in ganz Europa. Wenn die Labour Party sich in letzter Zeit jedoch wiederholt veranlaßt sah, den englischen Kommunisten schärfsten Kampf anzusagen, so hat das seinen guten Grund. Dank ihrer Agilität ist es nämlich den Kommunisten gelungen, in der englischen Gewerkschaftsbewegung und neuerdings auch in den englischen Genossenschaften zahlreiche führende Positionen zu erobern und dadurch indirekt Einfluß auf die englische Politik zu gewinnen. Während die englischen Kommunisten im Parlament nur durch die beiden Schotten Gallacher und Piratin vertreten sind, haben sie in vier der bedeutendsten englischen Gewerkschaften Schlüsselstellungen in der Hand. Generalsekretär

tär der 162.000 Mitglieder umfassenden Electrical Trade Union ist der Kommunist W.C. Stevens. Den Präsidentenposten der gleichen Gewerkschaft hat in Frank Foulkes ebenfalls ein Kommunist inne, außerdem nehmen im Verwaltungsrat der Gewerkschaft die Kommunisten nahezu die Hälfte aller Sitze ein. Auch die Civil Service Clerical Association (138 000 Mitglieder) besitzt einen Kommunisten, L.C. White, ein Aufsichtsratsmitglied des "Daily Worker", als Generalsekretär und in der Amalgamated Engineering Union (723 000 Mitglieder) und der Tailors and Garment Makers Union (133 000 Mitglieder), ist der kommunistische Einfluß gleichfalls unverhältnismäßig hoch. In der größten Gewerkschaft der Welt, der 1,3 Mill. zählenden Transport and General Workers Union, gehören 40 Kommunisten dem 38köpfigen Verwaltungsrat an und an der Spitze der National Union of Mineworkers, die die sämtlichen Grubenarbeiter Englands umschließt, steht kein anderer als der Vorsitzende der englischen kommunistischen Partei Arthur Horner, der wiederholt in Moskau weilte und auch einmal ein Jahr lang in Rußland gelebt hat. Horner, der jetzt im 54. Lebensjahr steht, stellt auf diesem Posten eine Macht dar, die unter Umständen die ganze englische Wirtschaft lahmzulegen vermag. Starken Einfluß üben die Kommunisten auch in einigen kleineren Gewerkschaften wie der Fire Brigade Union und der Post Office Engineering Union aus und im Generalrat des Gewerkschaftskongresses befinden sich neben dem Kommunisten A.P. Payworth noch zwei "Fellow-travellers". Über die Hälfte aller kommunistischen Parteimitglieder in England befindet sich in London, dann folgt das Clyde-Gebiet, das große schottische Industrie-Zentrum.

(A.98/153/hs)

Volksabstimmung über Rheinstaat?

sp. Nach dem bekannten Vorschlag Dr. Adenauers kursiert in Rheinland-Pfalz das Gerücht, die CDU habe die Absicht, eine Volksbefragung über die Zusammenlegung von Rheinland-Pfalz und Rheinland-Westfalen vorzunehmen. Dieses Gerücht hatte seinen Ausgangspunkt in der Schlussbemerkung eines Artikels im "Rheinischen Merkur", der sich mit der bekannten Erklärung des SPD-Parteivorstandes zu dem Adenauer-Vorschlag beschäftigt. Dieser Satz lautet:

"Die SPD will, wie ihr Büro erklärt, den Kampf aufnehmen. Sei es! Doch Schiedsgericht, auch über die angewandten Methoden, wird das rheinische Volk selbst sein".

Von anderer Seite erfahren wir, daß die Kreise um den "Rheinischen Merkur" in Holland, Luxemburg, aber auch in Frankreich für die Idee einer Volksbefragung über die Bildung eines katholischen Rheinstaates Stimmung machen.

(B.1/153/hs)